



Besucher im Biergarten stoßen mit frisch Gezapftem an.

FOTO: PETER ENDIG/DPA

Start in die Biergartensaison getrübt: In Sachsen steigen die Preise

Gastronomen kündigen an, ihre höheren Kosten auch auf das frisch Gezapfte umzulegen. Immerhin ist der Bierabsatz in Sachsen weniger stark gesunken als anderswo.

Von Andreas Dunte

Leipzig. Wenig gute Nachrichten zum Start der Biergartensaison: Bierliebhaber in Sachsen müssen sich auf höhere Preise einstellen. Die Gastronomen im Land seien gezwungen, mehr für das ausgeschenkt Bier zu verlangen, sagt der Geschäftsführer des Hotel- und Gaststättenverbandes Sachsen, Axel Klein.

Fünf Euro und mehr müssten Gaststättenbesucher für den halben Liter zahlen, so der Dehoga-Vertreter. Als Gründe nennt er gestiegene Produktionskosten und höhere Personalkosten. Klein geht zudem davon aus, dass die höheren Preise auch mit dem zurückgegangenen Bierkonsum zusammenhängen.

Thomas Scheiter, Wirt im „Anger“ in Neuwürschnitz im Erzgebirgskreis, nimmt für das Bier seit Jahresanfang 5,40 Euro. „In den Gaststätten im Erzgebirge, die ich kenne, gibt es den halben Liter kaum noch unter fünf Euro.“

Wegen der Rücknahme der Steuererleichterung – zu Jahresanfang stieg die Mehrwertsteuer zurück von 7 auf 19 Prozent – musste er zudem die Preise auf der Speise-

karte anpassen. Das habe bereits zu einem Rückgang bei den Gästezahlen geführt. Zudem sei er um eine Anpassung beim Bierpreis nicht umhine gekommen. Dabei arbeiten bei ihm schon weniger Beschäftigte. Er spricht von einem Teufelskreis.

Bierkonsum ist in Deutschland rückläufig

Die Preissteigerungen auf breiter Front gingen auch an den Brauern im Land nicht spurlos vorbei, sagt der Geschäftsführer des Sächsischen Brauerbundes, Thomas Gläser. Dass einige in der Branche die Kosten weiterreichen, sei deshalb nicht verwunderlich, sondern logisch.

Brauereien und andere Getränkehersteller müssten ebenso wie Gastronomen wirtschaftlich nachhaltig arbeiten, sagt Ines Zekert von der Krostitzer Brauerei. Massiv gestiegene Kosten in der Produktion, der Logistik sowie auch bei den Tariflöhnen spiegeln sich in den Abgabepreisen wider.

In Deutschland, bestätigt Gläser vom Brauerbund und Dehoga-Chef, sei der Bierkonsum rückläufig. Statistisch trank jeder Einwohner im

Jahr 2022 durchschnittlich knapp 92 Liter Bier – inklusive der alkoholfreien Sorten. Vor zehn Jahren waren es noch durchschnittlich 107,3 Liter gewesen.

2023 ist der Bierabsatz in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Prozent gesunken. Demnach setzten die in Deutschland ansässigen Brauereien und Bierlager rund 8,4 Milliarden Liter Bier ab.

Wie es um den Bierabsatz im Freistaat genau bestellt ist, will der Sächsische Brauerbund erst am 23. April, dem Tag des Reinheitsgebots für Bier, verkünden. Bereits jetzt könne aber gesagt werden, dass der Rückgang im Freistaat niedriger ausgefallen sei als im Bundesschnitt, so Gläser.

Private Brauereien drehen derzeit nicht an Preisschraube

Axel Specht aus Ehrenfriedersdorf (Erzgebirgskreis) hat Verständnis für die Wirte im Land. „Wir kämpfen alle mit höheren Preisen, sei es für Energie, Wasser oder Personal“, sagt der Braumeister. Wer allerdings Bier der Privatbrauerei Specht beziehe, könne sich über

stabile Preise freuen. Denn das Unternehmen hat nach Aussagen des Inhabers die Preise seit zwei Jahren nicht mehr erhöht.

„Wir wollten schon öfter an der Preisschraube drehen, haben aber immer wieder davon Abstand genommen, da in der Branche ein erbitterter Preiskampf herrscht.“ Wie Specht sagt, machten die Aktionspreise im Handel – der Kasten Bier für rund zehn Euro – der Branche zu schaffen. Das schmalere den eigenen Absatz.

Bei der Glückauf-Brauerei in Gersdorf (Landkreis Zwickau) sind die Preise seit November 2022 stabil. „Noch“, sagt Brauereichefin Astrid Peiker. „Denn die enormen Teuerungen machen auch uns zu schaffen, etwa für Glas, Leim für die Etiketten, Kartonage und vor allem für die natürlichen Rohstoffe wie Hopfen.“ Bier wird in Deutschland laut Reinheitsgebot nur aus Hopfen, (Gersten-)Malz, Hefe und Wasser hergestellt. Die höheren Preise für Bier in der Gastronomie, so befürchtet sie, könnten zu einem Umsatzrückgang führen.

Aus Sicht von Carsten Schütz, Geschäftsführer der Vereinsbrauerei Apolda, spielen die Herstel-

lungspreise nicht die alleinige Rolle. Erhöht hätten sich auch die Logistikkosten, etwa mit dem Anstieg der CO₂-Abgabe, was sich letztlich in einem höheren Bierpreis niederschlägt.

Zahl der Brauereien in Sachsen wächst

Viele Brauereien versuchen, sich mit immer neuen Produkten gegen den rückläufigen Bierkonsum zu stemmen. Ein Großteil baut die Herstellung von alkoholfreien Varianten aus. „Der Trend zu alkoholfreiem Bier ist nach wie vor ungebrochen“, sagt Ines Zekert von der Krostitzer Brauerei. Man sei mit der Absatzentwicklung von alkoholfreiem Pilsner aus dem eigenen Hause sehr zufrieden. Laut Brauerbund ist fast jedes zehnte in Deutschland gebraute Bier alkoholfrei.

Dass Bier in Sachsen kein Auslaufmodell ist, zeigt auch dieser Trend: Während deutschlandweit die Brauereien weniger werden, steigt die Zahl der Produktionsstätten im Freistaat. Dem Brauerbund zufolge gibt es im Freistaat derzeit 82 Brauereien – vor zehn Jahren waren es noch 55.

Jede zehnte Apotheke macht Minus

Fehlende Fachkräfte und wirtschaftliche Probleme

Dresden. Steigende Kosten und Personalmangel stellen Apotheken in Sachsen zunehmend vor Probleme. „Jede zehnte Apotheke in Sachsen schreibt bereits rote Zahlen, ein Drittel ist in einer wirtschaftlichen Schieflage“, sagte Reinhard Groß, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes, anlässlich des 20. Sächsischen Apothekertags am gestrigen Freitag. Tendenziell gebe es immer mehr Schließungen aufgrund wirtschaftlicher Probleme oder fehlender Fachkräfte. „Wir brauchen dringend eine wirtschaftliche Stabilisierung der Apotheken, die seit nunmehr zwanzig Jahren keine merkliche Anpassung ihres Honorars erfahren haben, jedoch vor allem in den letzten Jahren mit enormen Kostensteigerungen in nahezu allen Bereich kämpfen müssen“, forderte Groß.

Hoher Mehraufwand wegen E-Rezept

Zusätzlich stellt das zum Jahreswechsel eingeführte E-Rezept die Apotheken vor Herausforderungen. Das E-Rezept bringe aktuell in den Apotheken einen hohen Mehraufwand und nicht zuletzt auch einen wirtschaftlichen Schaden mit sich, sagte Groß. Kunden würden beispielsweise aufgrund technischer Störungen zu einer anderen Apotheke wechseln und Krankenkassen Rechnungskürzungen wegen fehlerhaft ausgefüllter Rezepte vornehmen. Vom Bundesgesundheitsministerium forderte Groß daher eine Stabilisierung des Systems und einen Schutz vor Rechnungskürzungen wegen technischer Probleme.

Im vergangenen November hatten die Apotheken wegen des wirtschaftlichen Drucks bundesweit mit Demonstrationen und Schließungen für mehr Geld protestiert. In Dresden hatte es eine Protestaktion der Apothekerinnen und Apotheker aus den ostdeutschen Bundesländern gegeben. Laut Angaben der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände sind die Gehälter seit 2004 nicht gestiegen.

Kretschmer diskutiert bei Caren Miosga

Talkthema: Gefahren bei Debatten mit radikalen Parteien

Dresden/Berlin. Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) wird an diesem Sonntag in der Polit-Talkshow „Caren Miosga“ zu Gast sein. Dort wird er laut Sendungs-Homepage mit der ehemaligen Tagesschau-Sprecherin unter anderem die Frage diskutieren, ob Reden gegen radikale Parteien hilft.

Genauer soll es darum gehen, welche Gefahren es mit sich bringt, politische Debatten von Populismus bestimmen zu lassen und wie es sich verhindern lässt, dass Menschen für die Demokratie verloren gehen, wie auf der Webseite der Talkshow hervorgeht.

Neben dem sächsischen Ministerpräsidenten werden in der Sendung Elisabeth Niejahr, Geschäftsführerin des Bereiches „Demokratie stärken“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, und Ilko-Sascha Kuwalczuk, Historiker und Publizist, zu Gast sein.

„Caren Miosga“ wird wöchentlich am Sonntagabend ausgestrahlt, los geht es um 21.45 Uhr im Ersten. *mb*

KI-Einsatz: Sachsen will Beirat für digitale Ethik schaffen

Künstliche Intelligenz soll im Freistaat zukünftig auf breiter Basis eingesetzt werden. Ein Expertengremium wird die Regierung beraten.

Von Jörg Schurig

Dresden. Sachsen will einen Beirat für digitale Ethik schaffen. Er soll ab der kommenden Legislaturperiode die Regierung beim Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) beraten, teilte Justizministerin Katja Meier (Grüne) am Freitag in Dresden mit. Sachsen sei damit bundesweit Vorreiter. Das Gremium solle sieben Expertinnen und Experten umfassen.

KI-Systeme seien eine große Chance die Zukunft. Gerade deswegen müsse man dafür sorgen, dass Anwendungen die notwendigen Anforderungen an vertrauenswürdige KI erfüllen, betonte die Ministerin. „Wenn wir an dieser Stelle die Entwicklungen im Blick behalten und auf der Grundlage fachlich versierter Empfehlungen

handeln, schaffen wir Vertrauen bei den Menschen und bleiben am Puls der Zeit.“

KI wird immer wichtiger

Künstliche Intelligenz spiele gerade in Sachsen mit seiner starken industriellen und wissenschaftlichen Basis eine strategische Rolle, sagte Staatskanzleichef Oliver Schenk (CDU). „Das Thema wird in den nächsten Jahren immer wichtiger. Ziel muss es sein, KI-Anwendungen auf breiter Basis einzusetzen – in der Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch in der Verwaltung.“

Klar sei aber, dass es neben exzellenter Technologie auch darum gehen müsse, die Akzeptanz für Anwendungen weiter zu stärken. Zum Einsatz käme KI etwa bei der Behebung technischer Probleme in der Verwaltung. Jus-

„KI kann aber nicht die Kernaufgabe von Richtern und Staatsanwälten übernehmen. Urteile müssen von Menschen gefällt werden.“

Katja Meier (Grüne),
Justizministerin

tizministerin Meier stellte klar, dass KI nicht die Kernaufgabe von Richtern und Staatsanwälten übernehmen könne. Urteile müssten von Menschen gefällt werden.

Bedenken wegen Datenschutz

Schenk verwies auf eine Studie zur künstlichen Intelligenz. Demnach seien 46 Prozent der Firmen in Deutschland überzeugt, dass KI die Büroarbeit so revolutionieren wird wie einst die Einführung der Personal Computer. Gut zwei Drittel (67 Prozent) der Unternehmen gaben an, dass KI dabei helfen werde, Beschäftigte bei Routineaufgaben zu entlasten. 39 Prozent denken, dass der Fachkräftemangel ohne den Einsatz von KI nicht zu bewältigen ist. Trotzdem würden acht von zehn Firmen beim Einsatz von KI erst einmal abwar-

ten wollen, welche Erfahrungen andere damit machen. Nach Darstellung von Experten gibt es in Unternehmen vor allem Bedenken wegen des Datenschutzes. Schenk zufolge geht es aber darum, einen „Datenschutz“ zu heben.

Für kommenden Dienstag und Mittwoch hat die sächsische Regierung zum dritten KI-Kongress des Freistaates nach Chemnitz eingeladen. Dazu werden knapp 300 Teilnehmer erwartet. Laut Schenk ist der Kongress ausgebucht. Das zeige, dass das Thema KI bei den Leuten angekommen sei. In Chemnitz sollen auch 14 Best-Practice-Beispiele zur Anwendung Künstlicher Intelligenz vorgestellt werden – unter anderem in der Halbleiterfertigung und für die Lehre an sächsischen Hochschulen.